

Engagement am staatlichen Gängelband: „Das politische Spektrum wird eingeschränkt“

Dr. Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Mitglied im Beirat der Mobilien Opferberatung bescheinigt der Neuausrichtung der „Bundesprogramme zur Extremismusprävention“ von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) eine „folgenreiche Realitätsverleugnung“.

Herr Roth, Sie gehören zu den Kritiker_innen der Neuausrichtung der Bundesprogramme. Was kritisieren Sie konkret?

Zunächst ist Neuausrichtung dadurch gekennzeichnet, dass die Tendenz zur Verstaatlichung, die sich schon in den vergangenen Programmphasen abzeichnete, deutlich verstärkt wird, indem zivilgesellschaftliche Akteure als Nutznießer der Programme eigentlich keine Rolle mehr spielen. Stattdessen werden die größeren Organisationen in diesem Feld und auf kommunaler Ebene die Verwaltungen als zentrale Steuerungsgremien bestätigt. Damit wird die aus der ursprünglichen Intention der Bundesprogramme, Zivilgesellschaft zu stärken, eine staatliche Auftragsangelegenheit.

Zudem gab es ja in der Vergangenheit immer wieder Auseinandersetzungen um das politische Profil der Programme. Durch die neu belebte Extremismusdebatte zeichnet sich jetzt ab, dass bei der neuen Programmrunde alle, die sich daran beteiligen wollen, eine Erklärung unterschreiben müssen, in der sie sich auf eine Formel zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (kurz: fdGO) verpflichten, eine Formel, die wir aus Zeiten der Berufsverbote kennen. Das heißt konkret, nur das Projekt bekommt Mittel, das sich zu dieser weitgehend vom Verfassungsschutz definierten und ausgestalteten Formel bekennt. Dieser Bekenntniszwang ist eingeführt worden, um zu vermeiden, dass zu links stehende, kritische Gruppierungen in den Genuss von Fördergeldern kommen oder mit ihnen auf lokaler Ebene kooperiert wird. Bei den Bekenntnisformeln geht es ja nicht darum, sich zu Demokratie und Menschenrechten zu bekennen. Dies ist für Akteure gegen Rechtsextremismus ohnehin selbstverständlich. Vielmehr geht es um die staatliche und politisch interessierte Einengung dessen, was im auf die fdGO verkleinerten Rahmen der Verfassung zulässig sein soll. Es wird damit eine Kategorie von Schmutzkindern geschaffen, die mit „Antifa“ oder anderen Etiketten belegt werden und die künftig nicht mehr - zumindest nicht im Rahmen der Programme - mitmachen dürfen. Dieses Demokratieverständnis ist außerordentlich eingeschränkt und verhartet im Grunde in den Gräben der 1950er Jahre: Antikommunismus hier, Antikapitalismus dort... Dabei wird nicht berücksichtigt, dass wir es heute mit einer anderen Form demokratischen Selbstbewusstseins zu tun haben, nämlich mit einer lebendigen Zivilgesellschaft, die sich nicht von den jeweiligen Innenministern und nachgeordneten Verfassungsschutzbehörden vorschreiben lässt, mit wem und in welcher Form sie politisch aktiv wird.

Immerhin steckt im neuen Programm auch ein positives Element, nämlich die Weiterführung der kommunalen Aktionspläne. Hier hat man endlich einmal eingesehen, dass die Förderung von lokalen demokratischen Strukturen nicht innerhalb von drei Jahren erfolgreich sein kann. Vermutlich wird es aber weiter bei den meist unsinnigen jährlichen Bewilligungen bleiben.

In einer kürzlich von Ihnen und weiteren renommierten Professor_innen veröffentlichten Erklärung haben Sie die neue Schwerpunktsetzung der Bundesregierung auf Extremismusbekämpfung als „folgenreiche Realitätsverleugnung“ bezeichnet. Welche Gefahren birgt ein solcher Perspektivenwechsel?

Die Hauptgefahr besteht darin, dass jetzt im Zuge dieser Ausgewogenheit die lokalen Gruppen und Akteure, die sich gegen Rechtsextremismus gebildet haben und oft diejenigen waren, die überhaupt lokale Programme ermöglicht haben und Bürgermeister_innen und Kommunalverwaltungen veranlasst haben, etwas zu tun, das genau diese Gruppen jetzt unter Extremismusverdacht geraten und ausgegrenzt werden. Dies gilt auch für das Handlungsrepertoire der

Gruppen, wenn wir an die Debatte über Sitzblockaden gegen NPD-Demos denken. Die Vertreter_innen der Extremismusideologie haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie solche Gegendemonstrationen für verfassungsfeindlich halten. Zudem spielen gerade in den neuen Bundesländern und vor allem auch in den ländlichen Bereichen sowohl der beschworene Linksextremismus geschweige denn der islamistische Fundamentalismus überhaupt keine Rolle. Damit könnte das Programm die Gegenwehr gegen Rechtsextremismus schwächen, also das Gegenteil von dem erreichen, was es vorgibt zu wollen.

In Pirna hat dieser neue Bekenntniszwang dazu geführt, dass der Verein AKuBiZ einen Demokratiepreis abgelehnt und sich geweigert hat, die fdGO-Formel zu unterschreiben. Dabei wurde in Kauf genommen, auf das Preisgeld von 10.000 Euro zu verzichten.

Ja, aber die Geschichte ist ja zum Glück weitergegangen. Die Pirnaer Initiative hat von einem Stifter aus dem Umfeld der Amadeo-Antonio-Stiftung das Preisgeld erstattet bekommen, der ihre Haltung sehr unterstützenswert fand. Pikant und politisch anstößig an dieser Erklärung, die die Demokratiepreisträger unterschreiben sollten ist ja nicht nur, dass man selber unterzeichnen muss, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung treu zu sein, sondern sich dazu verpflichtet, seine Kooperationspartner_innen entsprechend immer wieder zu überprüfen. Im Grunde eine Art von Verpflichtungserklärung, wie man sie im Osten Deutschlands aus den Stasizeiten ganz gut kennt. Das ist eine absurde und völlig überzogene Aufforderung zur Spitzelei und genau die Mentalität, die bei uns auch im Verfassungsschutz herrscht, der gerne mit der Methode der Verdachtskaskade arbeitet. Das heißt, Projekte machen sich verdächtig, wenn sie mit Leuten zusammenarbeiten oder auf Veranstaltungen gemeinsam sind, die im Verfassungsschutzbericht als „linksradikal“ oder wie auch immer erwähnt werden. In zahlreichen Fällen konnten zwar Betroffene erfolgreich gegen ihre Erwähnung in diesen Berichten klagen, aber ihr Ruf war erst mal ruiniert. Das ist schon ein Hammer. Die staatliche Aufforderung zur Spitzelei ist mit einer demokratischen politischen Kultur nicht vereinbar.

Was wären angesichts aktueller Studien zur Zunahme extrem rechter Einstellungen und anhaltender rechter Gewalttaten aus Ihrer Sicht notwendige Zeichen und Maßnahmen von Seiten der Bundesregierung und der Landesregierungen?

Ich habe ja im Sommer eine Studie vorgelegt, in der ich versuche, die Rahmenbedingungen eines Programms zu skizzieren, das den Namen auch verdient und in dem es tatsächlich um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geht (Demokratie braucht Qualität! – kostenloser download auf der Seite der Freidich-Ebert Stiftung). Der erste Punkt ist, dass wir von einer ausschließlich projektorientierten Förderung hin zu einer Unterstützung von Einrichtungen und Institutionen kommen müssen, die sich in diesem Feld bewährt haben, das sind vor allem Opferberatungen und Mobile Beratungsteams, die sich unabhängig und dauerhaft mit diesem Thema auseinandersetzen und entsprechend Hilfestellungen geben. Diese Institutionen und Beratungsgruppen haben sich bewährt und müssten auf Dauer gefördert werden, wenn von einem ordentlichen Programm die Rede sein soll. Der zweite Punkt, der mir noch viel wichtiger ist, die Regelinstitutionen wie Schule und Kindergärten müssen es zu ihrer Aufgabe machen, sich mit Demokratie und Menschenrechten sowie Bürgerbeteiligung auseinander zu setzen. Es hilft doch nichts, dazu einmal im Jahr einen Projekttag zu machen, der das Thema demokratische politische Kultur beschwört, ohne dass diese dann in den übrigen Tagen des Jahres eine Rolle spielt. Es braucht eine demokratische Alltagskultur, die als wirksamste Prävention gegen rechtsextremes Gedankengut gelten kann. Es gibt gute Beispiele in allen Gesellschaftsbereichen, wie man sich mit Rechtsextremismus sinnvoll auseinandersetzen kann, an Erfahrungen herrscht kein Mangel, aber es fehlt der Versuch entsprechende Unterstützungen und Programme aufzulegen, die diese Regelinstitutionen mitnehmen und damit von einem Nischenprogramm wegkommen, das am Rande des Familienministeriums für junge Leute aufgelegt ist und damit die falschen Akzente setzt.

Zum Beispiel Schule. Da übernimmt der Verfassungsschutz immer stärker die Aufgabe, über Rechtsextremismus aufzuklären. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Nun, ich gehöre seit vielen Jahren zu einer Bürgerrechtsszene, die sich darin einig ist, dass der Verfassungsschutz keine Existenzberechtigung hat und sich für dessen Abschaffung einsetzt. Der Hintergrund ist der, dass eine entwickelte und selbstbewusste Demokratie keine geheimen Dienste benötigt, die die eigene Bürgerschaft kontrollieren und dies auch noch mit geheimdienstlichen Mitteln. Das gilt auch, wenn jemand die Existenz gerade wegen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus für berechtigt hält, denn das Demokratieverständnis, das der Verfassungsschutz propagiert, ist in vielen Gesichtspunkten grundgesetzwidrig und reduziert das demokratische Spektrum darauf, was die jeweiligen Innenministerien als genehm betrachten. So kann es passieren, dass eine Forderung nach Vergesellschaftung der Grundindustrien als Beleg genommen wird, um bestimmte Gruppierungen als verfassungswidrig einzustufen und dabei völlig übersehen wird, dass die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes dieses ausdrücklich zulassen. Hier wird Demokratie künstlich und autoritär eingeschränkt. Hinzu kommen die zahllosen Skandale, in die Verfassungsschützer immer wieder verwickelt waren. Dass ausgerechnet der Verfassungsschutz das NPD-Verbot verhindert hat, gehört sicherlich auch nicht zu seinen vorzeigbaren Leistungen.

Konkret zu den Beratungsprojekten: Manche Kritiker_innen werfen den Beratungsprojekten - sowohl Opferberatungsstellen als auch Mobilen Beratungsteams - mangelnde Professionalität vor. Teilen Sie diese Kritik?

Die Frage ist doch, was heißt Professionalität? Soweit ich dieses Feld kenne und beobachte, ist es so, dass man sich intern sehr wohl darüber verständigt hat, was professionelle Standards sind und sehr detaillierte und gute Standards entwickelt hat. Ob sie immer eingehalten werden und in jedem Einzelfall erfüllt werden, das ist in diesem Feld wie im Leben überhaupt eine andere Frage. In den Projekten, in denen es gelungen ist, die Mitarbeiter_innen in den entsprechenden Teams zu halten und dauerhafter zu beschäftigen, ist ein enormes Erfahrungswissen da, das diesem Pauschalverdacht überhaupt nicht entspricht. Sicher kann man über die einzelne Orientierungen – etwa in der Radikalität der Parteinahme für die Opfer - streiten, aber mein Eindruck ist, das sind politische und keine Fragen der Professionalität. Es sei denn, man verwechselt Professionalität damit, dass man möglichst reibungslos und unauffällig seine Arbeit tut.

Wie beurteilen Sie selbst die Arbeit der Projekte? Was sind aus Ihrer Sicht zentrale Erfolge?

Mein Eindruck ist, dass gerade die Opferberatungen im direkten Unterstützen von Betroffenen rechter Gewalt eine gute Arbeit leisten, auch mit Blick auf Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Dass es dabei auch zu Konflikten kommt, scheint mir unvermeidlich und produktiv. Leider kommt dabei oft eine Öffentlichkeitsarbeit zu kurz, in der die Projekte als Akteure auftreten, die auch die Verhältnisse benennen und kritisieren, in denen es zu solchen Formen von Gewalt kommt. Diese sensibilisierende, wachrüttelnde Dimension, die diese Arbeit aus meiner Sicht auch immer haben muss, kommt doch leider etwas zu kurz. Ich würde mir schon wünschen, dass aus diesen Projekten ein lautstarker und selbstbewusster Widerstand gegen die Umformung der Programme in Richtung staatliche Zuständigkeiten kommt. Leider sind das immer noch zu Wenige und die Kritik ist noch zu leise. Ich denke, dass es eben nicht genügt, in guter Kleinarbeit das Schlimmste zu verhindern oder auch Gutes zu entwickeln, sondern die Projekte sollten sich mit ihren besonderen Erfahrungen in die öffentlichen Debatte einbringen. Da kommen mir die Bundesregierung und die Landesregierungen oft viel zu gut weg. Es gibt ja genügend unsägliche, aber einflussreiche Wortmeldungen, die in der rechtsextremen Szene eher als Ermutigung begriffen werden. Besonders deprimierend ist nicht nur die Millionenaufgabe, sondern auch die öffentliche Unterstützung für Sarrazins obskures Buch, vor allem die Weigerung anzuerkennen, dass wir es dabei blankem Rassismus zu tun haben. Ich weiß, dass die Projekte oft überlastet sind, vielleicht gibt es aber auch zu wenig Mut.

Die lokalen Aktionspläne haben Sie ja bereits angesprochen. Wie erfolgreich beurteilen Sie denn deren Arbeit?

Ich habe - wie auch wohl sonst niemand - keinen Gesamtüberblick. Die Lokalen Aktionspläne sind meiner Meinung nach sehr unterschiedlich genutzt worden, das Spektrum reicht von Mitnahmeeffekten, beispielsweise die Finanzierung kommunaler Sozialpolitik für bestimmte Gruppen, bis hin zu wirklichen Neustarts, wo gemeinsam etwas entwickelt wurde. Ob die ursprüngliche Absicht, zusätzliches Bürgerengagement auszulösen, erreicht wurde, wird sich zeigen, wenn die lokalen Aktionspläne stabilisiert werden. Mein Eindruck ist aber, dass vor allem die Frage der Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene ziemlich unterbelichtet geblieben ist und keine großen Initiativen für Bürgerkommune und eine breite Beteiligungspolitik entwickelt worden sind. Ich kenne sie zumindest nicht.

Was sehen Sie stattdessen?

Ich kenne einige Aktionspläne, in denen zum Beispiel speziell auf die Integration von Mitgrant_innen gesetzt wird und die im Grunde ein Programm sind, um diese Bevölkerungsgruppen in ihren Anliegen und in ihrer Sichtbarkeit zu stärken. Das hat natürlich eine sinnvolle Wirkung. Oder Aktionspläne, in denen auf lokaler Ebene die politische Bildung gestärkt wird. Man kann mit dem Geld lokal ja schon Sinnvolles tun und ich möchte das den meisten Geförderten auch unterstellen. Was aber die insgesamt beanspruchte Entwicklung lokaler Demokratie und Beteiligung angeht, da bin ich eher skeptisch, da sehe ich bisher eher wenig Beispiele, bei denen ich sage 'das ist Klasse'.

Kommen wir zum Abschluss zur Evaluierung von Programmen und Projekten gegen Rechtsextremismus, die Sie ja seit einiger Zeit beobachten und auch kritisieren. Warum?

Das erste Problem ist, dass sie in der Regel folgenlos bleiben. Es gab ja verschiedene Evaluationsrunden und man konnte eben nicht sehen, dass auf Bundesebene gelernt worden wäre für die Gestaltung der nächsten Programmrunde, sondern da waren meist andere politische Motive und Kontrollinteressen dominant. Wir haben ja über die Verstaatlichung der gegenwärtigen Programmrunde gesprochen. Diese Entwicklung wurde ja nicht in irgendeiner Evaluation vorgeschlagen, insofern bleibt die Frage, wozu Evaluationen, wenn man nichts lernen will? Der zweite Kritikpunkt ist, dass die Evaluationen doch häufig an Einrichtungen verteilt werden, die in einer strukturellen Abhängigkeit zum Auftraggeber stecken oder sehr nah an ihm dran sind. Mir fehlt es da oft an Unabhängigkeit. Es gab Ausnahmen, aber die sind auch an den Rand gedrängt worden. Der dritte Punkt ist, dass es meistens nicht um die Frage der Wirkung geht. Stattdessen sind die Evaluationen immer sehr nah an der Frage, wurden die Mittel im Sinne der Vorgaben ausgegeben? Das ist aber was ganz anderes. Ich will das gar nicht den Evaluationsteams im Einzelnen anlasten, die werden ja meistens zu spät beauftragt und müssen zu früh aufhören. Um die Wirkungen zu untersuchen, müsste man auch später noch mal ins Feld gehen. Das ist aber nicht üblich. Im Grunde genommen sind viele Evaluationen Nachweise für den geregelten Mittelabfluss und nicht viel mehr. Sie sollen gute Botschaften produzieren. Jeder, der in einem solchen Feld arbeitet weiß, wenn nur Gutes dabei herauskommen soll, dann ist die Arbeit von vornherein strukturell entwertet. Das ist sehr pauschal, ich weiß auch, dass es im Detail gute Hinweise und Einzelerkenntnisse gibt, aber im Grunde genommen ist so eine ernsthafte Auswertung unmöglich.

Vielen Dank für das Gespräch!